

16. Februar 2022

Menschenrechtsarbeit in Palästina bedroht durch das israelische Verbot von
sechs palästinensischen NGOs

An die Mitglieder vom
Fraktionsvorstand SPD
Fraktionsvorstand CDU/CSU
Fraktionsvorstand Bündnis 90/ Die Grünen
Fraktionsvorstand FDP
Fraktionsvorstand DIE LINKE
Auswärtigen Ausschuss

Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestags,

„Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit ist für uns unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik“ heißt es in der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung. Das findet unsere volle Unterstützung – ebenso wie die Aussage von Außenministerin Baerbock bei Ihrem Besuch in Israel: "Die Handlungsfähigkeit einer starken Zivilgesellschaft ist für die Bundesregierung prioritär".

Wir sind jedoch sehr erschrocken, in den Medien zu lesen, dass eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll zur Prüfung, ob Projekte weitergeführt werden können, ohne dass das Geld an die sechs von Israel am 22.10.2021 verbotenen NGOs fließt¹. Und dass obwohl Israel nach wie vor keinen Nachweis für die Anschuldigungen geliefert hat.

Das Verbot dieser renommierten NGOs ist international und auch von israelischen NGOs heftig kritisiert worden.² Das Verbot „ist ein Frontalangriff auf die palästinensische Menschenrechtsbewegung und auf die Menschenrechte überall“, wie auch 17 UN-Menschenrechtsexperten erklärten. „Ihre Stimmen zum Schweigen zu bringen ist nicht das, was eine Demokratie, die sich an anerkannte Menschenrechte und humanitäre Standards hält, tun würde.“³

Ein Verbot von NGOs ohne Beweise widerspricht den Prinzipien von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sollte Israel dieses Verbot wirklich durchsetzen und sollten die internationalen Geldgeber die Geldmittel zurückziehen und den NGOs somit den Todesstoß versetzen, so würde der sowieso schon geschwächten palästinensischen Zivilgesellschaft massiver Schaden zugefügt.

Wir fordern Sie deswegen auf: Setzen Sie sich für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ein, kritisieren sie das Verbot der sechs NGOs und setzen Sie sich dafür ein, dass Deutschland diese NGOs weiterhin wie bisher unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

Anette Henßler

Attac Bundesarbeitsgemeinschaft Globalisierung und Krieg
<https://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/startseite/>

¹ Pressekonferenz <https://www.youtube.com/watch?v=6IK8ztlfZKQ&t=1236s> besonders <https://youtu.be/6IK8ztlfZKQ&t=1236> sowie taz <https://taz.de/Israel-Besuch-der-Aussenministerin/!5834522>

² <https://www.heise.de/tp/features/Menschenrechtsarbeit-in-Palaestina-bedroht-6314387.html>

³ <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=27702&LangID=E>